

# KERAMISCHER

VII/Nr. 41 BERLIN  
8. Oktober  
1932

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich:  
Edwin Nenninger. Verlag: Hermann Grünzel, beide  
Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5, Ruf: C 4 Wilhelm  
56 46 und 56 47. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND  
FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE  
UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

# BUND

## Macht soll vor Recht gehen!

### Arbeiter-Abwehrkämpfe / Notverordnung bringt Hungerlöhne / Scharfmacher wollen Streikverbot

Die Abwehrkämpfe der Arbeiterschaft vor allem den Gewerkschaften gegen die verordnete Erschütterung des kollektiven Arbeitsvortrages und damit gegen den verordneten Lohnabbau und gegen die sehr empfindlichen Einkommensminderungen der Arbeiter und Angestellten nehmen einen immer größeren Umfang an. Auch ein Teil der Unternehmer läßt erkennen, daß er bei Anwendung der Notverordnung auf den Lohnabbau verzichten kann und mit der Prämie zufrieden ist. Den Arbeitgebern ist die Ruhe im Betriebe wertvoller als der abgebaute Lohn; denn sie erkennen auch allmählich, wie hart die verordnete Kaufkraftminderung die Geschäftswelt und die Warenherzeuger trifft. Deshalb ist der Reichsregierung das Vorgehen der Arbeiterschaft gegen die verordnete Lohnkürzung nicht angenehm. Sie hätte ja damit gerechnet, die Arbeiter seien durch die lange Arbeitslosigkeit so zermürbt und die Arbeitenden in den Betrieben von den diktatorischen Regierungsmaßnahmen so in Schrecken versetzt, daß ihnen der Mut zum Widerstand gebrochen sei. Das war eine Täuschung. Die Arbeiter setzen sich zur Wehr, das ist nun eine Tatsache, mit der die Reichsregierung und das Unternehmertum rechnen muß. Der Reichsarbeitsminister wird vorgeschickt, um den Kampf gegen die Einstellung der Gewerkschaften in bezug auf die Durchführung der Lohnkürzungen zu führen. Die Gewerkschaften und mit ihnen namhafte Arbeitsrechtler sind bekanntlich der Auffassung, daß Abwehrbewegungen sehr wohl im Rahmen der zur Zeit geltenden Gesetze auch die Unterstützung der Gewerkschaften finden können. Der Reichsarbeitsminister und seine Rechtswissenschaftler dagegen vertreten den Standpunkt, daß ein Streik der Belegschaften gegen die Durchführung der Lohnkürzungen mit der Friedenspflicht der Tarifträger kollidiere. Hier stehen sich also zwei Auffassungen gegenüber. Aus der des Reichsarbeitsministers und seiner Hintermänner kann man nun entnehmen, daß sie wünschen, ihre Rechtsauffassung als geltendes Recht anerkannt zu sehen, das Schlichter und Arbeitsgerichte zu berichten hätten. Die Gewerkschaften und eine Anzahl Arbeitsrechtler können den Standpunkt nicht teilen, weil er ganz dem Grundsatz „Macht geht vor Recht“ ähnelt. Es sieht also Rechtsauffassung gegen Rechtsauffassung. Da die Arbeiter nicht warten können, bis die Rechtsauffassungen geklärt sind, da sie ferner wissen, daß die Senkung des Tariflohnes zu einem weiteren Verfall der Kaufkraft und damit zu einer Gefährdung jedes Arbeitsbeschaffungsprogrammes führen muß, und da außerdem die Arbeiter erkannt haben, daß die verordnete Tariflohnkürzung den Tarifvertrag aufs höchste gefährdet, wehren sie sich, soweit ihre Kraft reicht.

Die Arbeiterschaft kann garnicht anders vorgehen, weil die Regierung bei all ihren Handlungen im Interesse der besitzenden Schichten in Deutschland keinerlei Rücksicht auf die Lebenshaltungsmöglichkeiten der Arbeiter genommen hat. Selbst auf die Gefahr hin, daß nach Meinung des Reichsarbeitsministers eine Abkehr vom Tarifvertrag — die ja die Reichsregierung verordnet hat — „die Stellung der deutschen Gewerkschaften erschüttert“, mußten die Belegschaften so handeln, weil kein anderer Ausweg gegeben war.

Man muß sich in allen Stellen darüber klar sein, die Arbeiterschaft kämpft ge-

genwärtig wohl um Rechte, sie kämpft aber noch mehr um ihre Existenz, um ihr nacktes Leben und um das ihrer Frauen und Kinder. Die Arbeiterschaft wendet sich mit aller Schärfe gegen die von der Barons-Regierung verordnete Schwächung der Lebenshaltung, die unzweifelhaft mit dem Tariflohnabbau und den Arbeitszeitverkürzungen für die Arbeiterfamilien verbunden ist. Gewiß, Hunger ist ein schlechter Ratgeber, aber ehe man verhungert, setzt man seine Existenz und sein Leben für einen Verbesserungskampf ein. So ist die Stimmung unter der Arbeiterschaft. Es wäre töricht, da über hinwegsehen zu wollen.

Die Regierenden, die noch nie Nahrungssorgen kennen lernten, haben ja keinen blassen Schimmer, wie es Arbeitenden zumute ist, die von 16, 18, 20, 24 usw. RM Wocheneinkommen einen Tariflohnabbau von 1, 2, 3, 4 und mehr RM für die 31 bis 40 Arbeitsstunden hinnehmen sollten. Wochenlöhne in dieser Höhe gibt es in sehr hohem Maße, sie sind nicht etwa eine Seltenheit. Es gibt ja schon Betriebe, in denen die niedrigen Löhne die Erhaltung der Arbeitsfähigkeit nicht mehr gestatten. Schon seit Monaten gibt es ganze Belegschaften, die völlig entkräftet sind. Die Körper der Arbeiter und Arbeiterinnen sind abgemagert, ihre Seelen sind von Haß erfüllt. Wenn Belegschaften, besie-

### Nach der Industrie nun die Landwirtschaft beschenkt

Der Reichskanzler von Papen entwickelte sein großes Wirtschaftsprogramm vor dem westfälischen Bauernverein. Der zweite Teil des sogenannten Sanierungswerks wurde vom Ernährungsminister Freiherrn v. Braun den bayrischen Bauern vorgetragen. Es ist sicher kein Zufall, daß ausschließlich landwirtschaftliche Organisationen dazu anwesend waren, von Reichsministern die ersten Bekanntmachungen über wichtige Gesetzvorhaben entgegenzunehmen.

Wenn in beiden Veranstaltungen die Erklärungen der Minister mit stürmischem Beifall angehört wurden, so ist dies hinreichend verständlich. Wir besitzen eine einseitig orientierte Reichsregierung, die ihren ganzen Stolz darin setzt, der Landwirtschaft großzügig zu sein. Und zu all den großen Liebesgaben, die diesem Teil der deutschen Wirtschaft seit Jahren gewährt wurden, treten nun noch die letzten großen Geschenke. Ein sehr harter Kampf ist gegen diese neuesten Maßnahmen geführt worden. Die Industrie hat gegen die neuen einseitigen Gaben an die Landwirtschaft seit Wochen ernste Verwahrungen eingelegt. Das hat die Regierung nicht im mindesten gehindert, ihrer Liebesgabenpolitik die Krone aufzusetzen.

Nun zu dem Programm selbst. Der derzeitige Minister gegen die Ernährung und für die Landwirtschaft hat Hilfe für die Landwirtschaft in folgenden Punkten zugesagt: Die langfristigen Hypotheken werden auf einen Zinsfuß von 4 vH. gesetzt. Damit werden die Gläubiger für landwirtschaftliche Kredite in ihren Einkommen empfindlich geschädigt. Sie hüben 5 vH. ihrer Zinsen ein. Für andere langfristige Schuldverschreibungen tritt keine Zinssenkung ein. Des weiteren wird eine umfassende Reorganisation der Kreditverhältnisse im landwirtschaftlichen Genossenschaftswesen in Aussicht genommen. Zu diesem Zwecke soll die Preussische Zentralgenossenschaftskasse auf das Reich überführt und mit großen Mitteln ausgestattet werden. Die Landwirte erhalten außerdem den sogenannten Vollstreckungsschutz. Es kann also hinfort kein Landwirt von seinen Gläubigern gezwungen werden, auf dem Wege der Zwangsvollstreckung seinen Verpflichtungen nachzukommen. Das Wichtigste ist aber die Einführung von Kontingenten für landwirtschaftliche Produkte. Verschiedene Sorten Kohl, Tomaten, Zwiebeln, Schnittblumen, Obst, Trauben, Nadelholz und Papierholz, Schilfröhren, Speck und

hand aus vielen seelisch und körperlich gemarteten Einzelwesen, nun neue Lohnabzüge zugemutet werden, dann muß sich ihre Pein vergrößern. Größere Hungerkünstler, als sie schon sind, können sie nicht werden. Der auf ihnen lastende Druck muß entweder zu Verzweiflungsakten oder zu Abwehrkämpfen führen. Man muß damit rechnen, daß ganze Belegschaften ohne gegessen zu haben und ohne Nahrungsmittel in stumpler Resignation in die Betriebe gehen, ohne Arbeit verrichten zu können. Ihre körperliche Schwäche wird das einfach nicht zulassen. Wird in solchen Fällen der Reichsarbeitsminister, gestützt auf seine Rechtswissenschaftler, dann auch einen Rechtsstandpunkt einnehmen oder gesunden Menschenverstand walten lassen?

Uns kommt es so vor und eine Anzahl Belegschaften haben das schon bestätigt: Die Auswirkungen der Notverordnungen auf die Arbeiter in den Betrieben können mit Recht nicht im Einklang gebracht werden; denn sie stellen die schlimmsten Ungerechtigkeiten dar, die Arbeitenden auferlegt wurden. Wenn die Gewerkschaften deshalb im Rahmen der zur Zeit geltenden Gesetze die Abwehrbewegungen billigen, so öffnen sie ein Sicherheitsventil in Zeiten höchster Explosionsgefahr, das sicher der allgemeinen Rechtslage entspricht.

Schmalz, Butter, Käse, Karpfen, Erbsen, Reis, abfälle usw. sollen nur noch im Rahmen gewisser Kontingente eingeführt werden können, d. h. also, daß die Regierung dem Importeur das Recht nimmt, von diesen Produkten so viel einzuführen, wie es die Marktlage erfordert. Mit der Einführung von Kontingenten wird die bisherige Handelspolitik bewußt verlassen und ein Weg beschritten, der für die deutsche Wirtschaft direkt verhängnisvoll werden kann. Ein Land wie das unserige, welches mit 25 Milliarden Auslandsschulden belastet ist, und von anderen Völkern verlangt, diese Auslandsschulden in Form einer verstärkten Wareneinfuhr abtragen zu können, geht dazu über, die Einfuhr wichtiger Produkte auf ein willkürliches Maß zu beschränken. Die Folge wird sein, daß die betroffenen Länder Gegenmaßnahmen ergreifen und die Einfuhr deutscher Industriewaren zu unterbinden versuchen. Da Deutschland ein Industrieland ersten Ranges ist, und 20 vH. seiner Bevölkerung von der Ausfuhr industrieller Waren lebt, ist die

### Hungerlöhne unter der Papen-Regierung

Schon die Notverordnungen der Brüning-Regierung beeinträchtigten die Lohnneinkommen der Arbeiter in außerordentlichem Maße. Die Ausweisung der Invalidenversicherung über die verkauften Beitragsmarken besagen, daß im Jahre 1930 46,8 Prozent der versichert gewesenen Personen bis 24 RM wöchentlich verdienten, 16,9 Prozent über 24 bis 36 RM und 36,3 Prozent mehr als 36 RM. Im ersten Halbjahr 1932 war die Prozentzahl der untersten Verdieners bereits auf 60,9 Prozent gestiegen, die der mittleren Gruppe auf 19,2 Prozent, und die der höheren auf 19,9 Prozent gefallen.

Diese Abwärtsentwicklung setzt sich unter der Papen-Schleicher-Regierung in erschreckendem Maße fort. Wohl gibt es noch keine Nachweise amtlicher Stellen darüber, aber was aus den Betrieben gemeldet wird, die die Bestimmungen der Notverordnung anwenden, das klingt tröstlos. Kräftigen Männern mit höchster Arbeitsleistung werden Stundenlöhne von 33 und 36 Pf. diktiert, woraus sich bei 45stündiger Arbeitszeit Brutto-Wochenlöhne von 15,84 und 17,28 RM ergeben. In noch etwas höher bezahlten Sparten werden über 24jährige Männer nach den Bestimmungen der Notverordnung mit Bruttotariflöhnen von 18 bis 19 RM in der Woche nach Hause geschickt. Es gibt nicht wenig Familienväter, die bei

Die Scharfmacher haben bereits Gedanken eines Streikverbots an die Regierung herangetragen und in Weiskens bei der Abwehr der Schuhmacher eine gerichtliche Verfügung gegen den Streik erwirkt. Im Rheinlande trugen sich Eisenindustrielle mit Aussperungsgedanken. Es würde anscheinend gern gesehen, wenn in dieser Frage Macht vor Recht ginge, wenn die Gewalt entscheiden würde. Die Regierung ist anscheinend der Auffassung, im Besitze der Macht zu sein, in dieser Frage entscheidend zu gebieten. Die Gewerkschaften können die Regierung nicht an der Ausübung ihrer Macht hindern, aber sie können die Regierung warnen, den Bogen nicht zu überspannen. Existenz- und Wirtschaftskämpfe, die sich auf Grund der Verordnung auslösten und so zuspitzten, muß die Arbeiterschaft führen. Diese kann kein Diktat hinnehmen, das ihre Lebensmöglichkeit in so einschneidendem Maße verkümmert, wie das der verordnete Lohnabbau tut. Die Arbeiterschaft ist davon überzeugt, daß sie sich mit ihren Abwehraktionen einen Dienst erweist und daß sie damit auch der Wirtschaft vorwärts hilft.

Die Arbeiter sagen sich mit dem Kollegen Leipart: Wir sind bereit, den uns aufgezwungenen Kampf aufzunehmen.

neueste Wendung der Politik ein Schlag gegen die industrielle Bevölkerung. Die Regierung hat auf der einen Seite durch ein Wirtschaftsprogramm den Versuch gemacht, die Arbeitslosigkeit zu mildern, im gleichen Atemzuge geht sie dazu über, die Exportindustrie empfindlich zu schädigen, eine Politik, die tatsächlich zur Entlassung von Arbeitskräften führen muß. Und dies alles, weil man den Nationalsozialisten den Wind aus den Segeln nehmen will und um einer bestimmten Interessentengruppe Geschenke zuzuschauen. Die Regierung hat sich trotz Proteste zu diesem Schritt entschlossen. Sie wird an dieser Maßnahme nicht viel Freude erleben. Recht bald wird sich herausstellen, daß die Lebensmittelpreise steigen und das Elend der städtischen Bevölkerung noch vergrößert wird. Aber darauf braucht eine Regierung der nationalen Konzentration keine Rücksicht zu nehmen. Desto stärker müssen wir dieser Regierung den Kampf ansagen. Der Wahlkampf bietet die Gelegenheit dazu.

Arbeitslosigkeit fast so hohe Unterstützung bekämen, als sie Lohn erhalten. Was das für eine Stimmung in der Arbeiterschaft auslöst, kann sich die Baronsregierung ja denken, aber wie der Arbeitswille unter solch traurigen Zuständen zu leiden hat, davon hat sie sicher keine Ahnung. Es gibt Fälle, bei denen Arbeiterinnen bei Neueinstellungen so niedrig entlohnt werden, daß die Unternehmer mehr an Prämien bekommen, als sie Lohn zahlen. Die Lohnungerechtigkeiten schreien zum Himmel.

Die Regierung v. Papen — v. Schleicher verordnete dem arbeitenden Volke eine grausame Hungerkur, die von den Untersuchern noch extra ausgenutzt wird. Der Lohndruck würde damit zum Gesetz erhoben von Leuten, die als Minister Zehntausende von Reichsmark im Jahre zu verzehren haben, während das Arbeitsvolk zum größten Teil hungern muß.

Es wird höchste Zeit, daß das Volk zur Besinnung kommt und bei den Wahlen klare Bahn schafft. Das Volk hat es in der Hand, sein Schicksal so zu wenden, daß es die Barone zwingen kann, für gleiche Hungerlöhne volkswirtschaftlich ebenso wichtige Arbeit zu leisten, wie sie die Werktätigen verrichten müssen.

# Verlängerung und Neuregelung der Bürgersteuer

Die Bürgersteuer sollte ursprünglich vom Juni 1932 an in diesem Jahre nicht weiter erhoben werden. Was bis Juni gezahlt worden ist, war Bürgersteuer für das Jahr 1931.

Die letzte Notverordnung gibt den Gemeinden nun die Möglichkeit, die Bürgersteuer für das Jahr 1932 schon ab Oktober bis Dezember 1932 zu erheben, obwohl sie nach den alten Bestimmungen erst ab Januar 1932 fällig wäre.

Mit der Erhebung der Bürgersteuer in den Monaten Oktober, November und Dezember 1932 ist dann also die Bürgersteuer für das ganze Jahr 1932 abgegolten.

Die vom Reichsfinanzminister erlassene Durchführungsverordnung vom 9. September 1932 bringt nun gegenüber den früheren Bestimmungen einige Erleichterungen. Diese sind wie folgt zu verstehen:

1. Die Bürgersteuer darf nur die Hälfte des Steuersatzes betragen, den der Steuerpflichtige in den ersten sechs Monaten des Jahres 1932 gezahlt hat.

2. Da die Höhe der Bürgersteuer für das Jahr 1931 nach den Einkommensverhältnissen des Jahres 1930 errechnet wurde und sich diese Verhältnisse bis jetzt wesentlich verschlechtert haben, wird auch dieser Steuerbetrag noch um 25 Prozent gesenkt.

Beispiel: Ein Lediger, der bisher dreimal 6.— RM (das Dreifache des Einheitssatzes von 2.— RM) = 18.— RM, aufgebracht hat, zahlt für das Jahr 1932 nur die Hälfte, = 9.— Reichsmark. Hiervon werden, mit Rücksicht auf sein zurückgegangenes Einkommen im Jahre 1932, weitere 25 Prozent in Abzug gebracht, so daß nach 6,75 RM zu entrichten sind.

Da für die Zukunft auch der 50prozentige Zuschlag für die Ehefrau in Wegfall kommt, ist das obige Exempel auch für den verheirateten Steuerpflichtigen anwendbar. Der Bürgersteuerpflichtige dieser Gruppe hat also in den Monaten Oktober, November und Dezember 1932 je 2,25 RM an Bürgersteuer zu zahlen.

Die Fälligkeitstermine sind für Wochenlöhner für Oktober und November auf den 10. und 21., für Dezember auf den 10. und 28. festgesetzt.

Vom nächsten Jahre ab (1933) wird demnach also die Bürgersteuer für das laufende Jahr schon im Januar, Februar und März zu entrichten sein.

Für einen Teil der Steuerpflichtigen liegt eine weitere Erleichterung darin, daß die Frei-

grünze, die zu der Bürgersteuer nicht gezahlt zu werden braucht, nicht mehr wie bisher generell für ein Jahresinkommen bis zu 500.— RM liegt, sondern das dasjenige Einkommen von der Bürgersteuer freibleibt, das der Steuerpflichtige im Falle der Hilfsbedürftigkeit als allgemeine Wohlfahrtsunterstützung erhalten würde. Hierdurch wird die Freigrünze insbesondere für viele verheiratete Steuerpflichtige künftig höher sein als früher.

Während der Frauzuschlag voraussichtlich auch für 1933 nicht erhoben wird, fallen die übrigen Ermäßigungen weg.

Jos. Mllewezak, Hannover

## Tariflohnverzicht

Die diesbezügliche Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts scheint wieder in ein neues Stadium getreten zu sein. Zu dieser Auffassung zwingt auf jeden Fall die Entscheidung vom 11. Juni 1932 — RAG, 111/32 — (Bensch. Samml. Bd. 15 S. 450 ff.). Das seinerzeit allgemein bekämpfte Urteil des Gewerbegerichts Oberlahnstein vom 9. September 1921 („Schlichtungswesen“ 1924 S. 177) erlebt jetzt aller Wahrscheinlichkeit nach seine Wiederauferstehung.

Soweit den sich mit der Rechtsprechung des Reichsarbeitsgerichts nicht bekämpft, ging die Entscheidung dahin, daß es keinen Verstoß gegen das Unabdingbarkeitsprinzip der Tarifvertragsordnung (§ 1) bedeute, wenn ein Unternehmer Arbeiter zu untertariflichen Lohnsätzen beschäftigte, sie dadurch aber vor Arbeitslosigkeit verschont würden. Das Angebot von Arbeitsmöglichkeit und die Annahme untertariflicher Entlohnung in Zeiten großer Arbeitslosigkeit wurde als „Abdingung“ zugunsten der Arbeitnehmer“ deklariert und anerkannt.

Auf diese vollkommene Abdingung, in geradezu widersinniger Auffassung, kommt nunmehr auch das RAG. Hinsteuern zu wollen, anders kann man die Entscheidungsgründe des eingangs zitierten Urteils nicht auffassen.

Kurz der Sachverhalt: Eine Kommanditgesellschaft geriet in wirtschaftliche Bedrängnis und zahlte deshalb von Februar bis August 1931 an einen Werkmeister einen geringeren als den Tariflohn, dessen widerspruchslöse Annahme erfolgte. Im September gleichen Jahres kam es dann aber trotzdem noch zur Konkurseröffnung. Daraufhin forderte der Betreffende den Differenzbetrag von 496,20 RM nach.

Das Arbeitsgericht erkannte nach dem Klageantrage, während das Landesarbeitsgericht die Klage unter nachstehender Begründung abwies:

Der Kläger möge insofern unter einem wirtschaftlichen Druck gestanden haben als er damit gerechnet habe, daß ihm die Gesellschaft kündigen werde, wenn er auf die Anzahlung des vollen Tariflohns bestünde und daß er offenbar eine andere Stellung nicht ohne weiteres gefunden haben würde. Dieser Druck sei auch der Gesellschaft erkennbar geworden. Der Kläger könne sich aber hierauf nur berufen, wenn die Gesellschaft die Lage in unlauterer Weise ausgenutzt hätte, um sich einen Vorteil zu verschaffen, auf den sie keinen Anspruch gehabt hätte. Die Gesellschaft habe aber auch damit annehmen dürfen, daß der Kläger, der ihre wirtschaftliche Bedrängnis gekannt habe, verständnisvoll seine eigene Not hinter die ihre zurückstellen und unter eigenen Opfern einen Teil des Tariflohns ernstlich und endgültig aufgeben wolle, um sich den Arbeitsplatz zu sichern, indem er sich gesagt habe, daß ohne die Gehaltskürzungen der Betrieb nicht länger bestehen könne. Der wirtschaftliche Druck sei somit für den Kläger nicht ausschlaggebend gewesen, sondern die Erwägung, daß er sich bei Annahme geringeren Lohnes besser stünde als bei der Festhaltung am Tariflohn.

Diesen „Rechtsausführungen“ schloß sich das RAG. grundsätzlich an — da die Rechtsauffassung des RAG keinen durchgreifenden Rechtsirrtum erkennen lasse; abgesehen davon, daß dem Einwand des Arbeitnehmers, der Verzicht sei nur unter wirtschaftlichem Druck erfolgt (erklärt), u. U. die auf § 242 BGB. gestützte Erwägung entgegenzusetzen werden kann (könne): Es sei nach Lage des Betriebes abgesehen worden von der Einhaltung des Tariflohns, seine eigenen Mittel für den Betrieb zurückzustellen. Also erst kommt der Betrieb und dann —

Die Folgen einer derartigen Entscheidungspraxis sind unüberschaubar. Wie will sich das RAG. einstellen, wenn ein Unternehmer durch eigenes Verschulden in wirtschaftliche Schwierigkeiten gerät? Soll auch da der Arbeitnehmer wieder „seine Not“ hinter die des Betriebs (Betriebsinhabers)“ zurückstellen? Wem liegt in diesem Falle die Beweislast ob? Soll auch dann die Erklärung noch genügen — evtl.

das glaubwürdige Vordringen einer bestehenden Notlage — daß der Betrieb eingestellt werden müsse, wenn die Gehälter (Löhne) nicht herabgesetzt würden?

Bekanntlich wird die Aufhebung eines Lehrvertrages nicht dadurch ausgeschlossen, daß die schlechte Wirtschaftslage des Arbeitgebers von diesem selbst verschuldet ist. (Urteil vom 28. Mai 1932 — RAG, 30/32 — (Bensch. Samml. Bd. 15 S. 335)). Die Möglichkeit der Schadensersatzklage, auf die hierbei das RAG. verweist, ändert an der mehr als „eigenartigen“ Rechtsprechung nichts. Absichtlich bedarf man insoweit auch hier dem Kläger (Arbeitgeber) wieder die alleinige Beweislast aufzuerlegen. Analogie-Rechtsanwendung ist also durchaus denkbar.

Auf jeden Fall ist die Entscheidung vom 11. Juni 1932 geeignet, wieder einmal ins Offene führende Perspektiven zu eröffnen. Selbst bei objektiver Würdigung der Verhältnisse würde (wird) es schwer sein, in dieser Beziehung die richtige Grenze zu finden.

G. Salomo, Hannover

## Steuerflucht der Reichen

Nach den amtlichen Mitteilungen sind 1931 an verschwiegenem Vermögen in Deutschland fast 2,1 Milliarden RM aufgedeckt worden. 900 Millionen sind davon in irgendeiner Form ins Ausland abgewandert. Dazu kommen noch die 248 Millionen steuerfreie Reichsleihen, durch deren Zeichnung man bekanntlich die Steuerarmut erkaufen konnte. Nach dem Fortfall dieser Vergünstigung sind für diese Anleihe noch ganze 15 Millionen RM gezahlt werden. Sie ist also die typische Anleihe der Steuerarmen, um es vorsichtig auszudrücken.

Die Zahl der Steuerstraftaten ist in den 26 deutschen Landesfinanzämtern von rund 100 000 im vorhergehenden Jahr auf 77 500 zurückgegangen. Dabei sind, entsprechend dem allgemeinen Rückgang, 34 statt 40 Millionen RM hinterzogene Steuern festgestellt worden und die Steuerstrafen von 13,2 Millionen RM auf nur 12,3 Millionen RM gesunken. Der Rückgang der Steuerstraftaten dürfte weniger auf die Verschlechterung der Wirtschaftslage als auf die Auswirkungen der Anleihe zurückzuführen sein. Das Reichsfinanzministerium verfolgt darüber hinaus im Interesse derjenigen Steuerzahler, die trotz der Notzeit ihre Pflichten loyal erfüllen, eine energische Beitreibung der Rückstände und Strafen.



# 40 Jahre gewerkschaftl. Organisation in Nienburg

Die Glasarbeiter in Nienburg versuchten schon im Jahre 1889 einen Fachverein zu gründen, doch wurde schon, ehe die Versammlung stattfand, sämtlichen Arbeitern gekündigt und den Verheirateten befohlen, nach fünf Tagen die Wohnung zu räumen. Zugleich wurden zwei Öfen gelöscht, so daß man unter diesem Druck die Gründung des Fachvereins hintertreiben konnte. Eine Bekanntmachung untersagte den Arbeitern bei Androhung der fristlosen Entlassung für die Zukunft, einen Fachverein zu gründen oder wieder beizutreten. Daß speziell die Nienburger Glasindustriellen ihren Arbeitern unter allen Umständen und absolut verwehren wollten, sich gewerkschaftlich und politisch zu betätigen, ist auch aus der Bekanntmachung des Nienburger Glasindustriellen Heye ersichtlich, worin er unter anderem sagt:

„Es wird das Gerücht ausgesprengt, daß ich nichts gegen eine Beteiligung der Arbeiter an dem sozialdemokratischen Verband der Glasarbeiter Deutschlands einzuwenden hätte. Um nun meinen Standpunkt auch diesem Verein gegenüber richtigzustellen, erkläre ich, daß, solange mir Leben und Kraft geschenkt bleibt, ich mir mein Eigentum jedenfalls zu erhalten suche. Würde ich die Sozialdemokratie aufkommen lassen, wüßte ich also den von Sozialdemokraten ähnlicher Art wie Herr geleiteten Verband der Glasarbeiter Deutschlands dahin, dann wäre das Ende jeder ruhigen Arbeit gekommen, und die Industrie damit dem Untergang geweiht. Ich würde daher jeden Arbeiter, sich nicht verleiten zu lassen, weder dem sozialdemokratischen Fachverein oder dem Verband der Glasarbeiter Deutschlands beizutreten, ich würde genötigt sein, denselben sofort zu entlassen.“

Hannover, den 25. September 1930.

(Unterschrift)

In der Tat lastete dieser Druck so schwer auf der Nienburger Kollegenschaft, daß sie auf dem Gründungskongreß des Verbands zurücktrat. Ganz besonders die Nienburger Glasindustriellen waren es, die von je her mit allen Mitteln versuchten, die gewerkschaftliche Organisation zu zerschlagen. Von da an gingen auch die Hauptstöße gegen die Glasarbeiterhergehung aus, die überaus bereitwillige Nachahmung fanden. Aber es half den Herren nichts! Auch in Nienburg gelang es, die Kollegen für den Verband zu interessieren, und zwei Jahre nach der Bekanntmachung wurde der Grundstein zu dem heutigen Bestande des Verbandes in Nienburg gelegt. Noch einmal machten die Industriellen in Nienburg, besonders Herr Heye, was sie konnten, und zwar als im Jahre 1900 in seinem Betriebe der Streik ausbrach, der sich bald zu einem Generalstreik der Flaschenarbeiter

Deutschlands ausdehnte, und der aber leider nach 62monatiger Dauer zuungunsten der Arbeiter abgebrochen werden mußte. Noch mancher unserer Kollegen aus Nienburg vermag sich in diese Zeit zurückzuversetzen, und mancher unserer Kollegen hat selbst am eigenen Leibe den Terror der Glasherren zu spüren bekommen. Rücksichtslos wurden die Kollegen aus den Wohnungen gejagt und dem nackten Elend preisgegeben. Bemerkenswert dabei ist, daß bei Ausbruch des Streiks die Arbeiter in Nienburg restlos organisiert waren. Der Streik versetzte aber der Zahlstelle einen schweren Schlag, und nur langsam gelang es, die Schäden auszumeren. Ein großer Teil der Kollegen hatte die Mitgliedschaft aufgegeben, da sie befürchteten, ihre Arbeitsstelle zu verlieren.

Auch bei den Fabrikarbeitern waren die Ansätze zur Organisation bereits in den 90er Jahren gegeben. Jedoch erst seit dem Jahre 1907 kann man von einem dauernden Bestand sprechen.

Durch den Zusammenschluß der Glasarbeiter und Porzellanarbeiter mit den Fabrikarbeitern im Jahre 1926 konnte man auch in Nienburg daran denken, die Zahlstelle mit einem Angestellten zu besetzen, was auch im Jahre 1928 in die Tat umgesetzt wurde.

## Nicht für Notverordnung, aber für Prämie und Lohnabbau

Die Spezialglashüttenwerke Gebr. Funk & Co. in Penzig gaben unter dem 21. September 1932 durch Anschlag bekannt, daß sie auf Grund der Verordnung zur Vermehrung und Erhaltung der Arbeitsgelegenheit Gebrauch machen, die überaus berechtigten Vorstellungen, die Sie will aber nicht den vollen durch die Notverordnung ihr zustehenden Prozentsatz für die Kürzung in Anspruch nehmen und deshalb in... Gewerkschaft verhandeln.

Der Bek... würde noch ein Nach... beigefügt:

Zu der Bekanntmachung „Notverordnung“ betreffend:

Sind grundsätzlichen gegen diesen Teil der Notverordnung, weil wir ihn für ein Unrecht halten. Wir können aber allein nicht gegen den Strom schwimmen und müssen daher von dem uns aus dieser Notverordnung zustehenden Rechte Gebrauch machen.

Wenn Sie derartige regierungsseltige Maßnahmen, die wir verurteilen, künftig vermeiden wollen, so müssen Sie mit dafür sorgen, daß dem Mann endlich der Weg freigegeben wird, der das Beste für alle will und auch das Beste schaffen wird. Wenn Sie ihn, wie bisher, bekämpfen, so können Sie auch keinen Anspruch auf eine gesicherte Zukunft erheben.

Spezialglashüttenwerke Gebr. Funk & Co. gez. Max Funk.

Wenn man heute zurückblickt auf das Streben, auf die Kämpfe, die unsere alten Kollegen auch hier in Nienburg durchzuführen mußten, so steht jedenfalls das eine fest, daß auch die Erfolge nicht ausgeblieben sind, und alle diejenigen, welche heute mit der Entwicklung, die die kapitalistischen Wirtschaftszweige angenommen haben, nicht einverstanden sind und deshalb den Gewerkschaften unberechtigt Vorwürfe machen, mögen sich von unseren alten Kollegen die früheren Verhältnisse erzählen lassen, um daran erkennen zu können, daß ein ungeheurer Fortschritt gegenüber der Zeit vor 40 Jahren erzielt worden ist. Herr Heye, der vor 40 Jahren glaubte, die Organisation verhindern zu können, lebt nicht mehr, wer aber lebt, ist die gewerkschaftliche Idee der Arbeiter, die Solidarität der Unterdrückten und Ausgebeuteten und ihr Streben, ihre wirtschaftliche Lage zu verbessern durch Erkämpfung des Sozialismus. Daran wird uns niemand hindern, erst recht nicht jetzt, nachdem auch der Fabrikarbeiterverband in Nienburg seine Existenzberechtigung in den 40-jährigen Kämpfen erwiesen hat. Notwendig ist es jedoch, daß der Gedanke der gewerkschaftlichen Solidarität auch noch weitergetragen wird, damit auch der letzte Arbeiter, der uns noch fernsteht, gewonnen wird und zu der Überzeugung kommt, daß nur durch den Zusammenschluß aller Arbeiter die Befreiung der Arbeiterklasse möglich ist. Tue deshalb jeder seine Pflicht! Das 40jährige Jubiläum, das die Zahlstelle Nienburg nun feiern kann, muß zu einem neuen Erfolge in unserer Agitation führen. Heh. Breitenbach.

Herr Max Funk gibt in dieser Nachschrift bekannt, daß er ein stammer Anhänger Adolf Hitlers ist, aber auch gleichzeitig, daß er zum Stamme Nimm gehört. Herr Funk irrt sich sehr, wenn er meint, er müsse von den Lohnabzugsvorschriften der Notverordnung Gebrauch machen; es heißt ausdrücklich, er kann davon Gebrauch machen. Er würde, wenn er nicht abziehen würde, keineswegs gegen den Strom schwimmen, sondern lediglich das von ihm selbst erkannte Unrecht gutmachen. Die Notverordnung verbietet das nicht, sie schreibt nicht bindend vor, daß Herr Funk seinem guten Herzens Zwang antun soll. Aber Herr Funk läßt sich gern in diesem Falle Zwang antun, weil er dabei seine Arbeiter auf den Mann vertrusten kann, der für alle das Beste will und auch das Beste schaffen wird.

Selbst wenn dieser angebliche Mann — nach Herrn Funk ist es Adolf Hitler — seine SA-Leute aber auf die Arbeiter hetzt und hetzen läßt, daß sie Gewerkschaftshäuser und Konsumvereinsläden demolieren, solange er die Mörder von Potempa als seine lieben Kameraden betitelt, solange zweifelt die Arbeiterklasse daran, daß gerade dieser Mann ihr Bestes will. Deshalb wird die Arbeiterschaft von Penzig diesen Mann Adolf Hitler, seinen Pp. Funk und deren Partei, aber auch die Baronsregierung von Papen bekämpfen, weil sie genau wie die Hitler-Landesregierungen in Thüringen, Oldenburg, Mecklenburg und Anhalt all ihre Regierungen-

maßnahmen gegen die Arbeiterschaft richtet. Im Versprechen an die Arbeiter sind Mittel und seine Pgs. großzügig, aber vom Handeln für die Arbeiter war noch nichts zu merken, um so mehr vom Handeln gegen die Arbeiter und für die Unternehmer.

## Lohnvereinbarung

In der mechanischen Tafelglasindustrie fanden am 28. September Verhandlungen über Neuregelung der Löhne für Glasherren bei den Mitgliedshütten des Arbeitgeberverbandes sowie der Packerlöhne bei der Dolog und Montag, Werk Weiden, statt.

Infolge der Normierung der Sorten durch den Normausschuß verlangte der Arbeitgeberverband, daß auf allen Hütten ein einheitlicher Sortentarif zur Einführung kommen muß.

In Zukunft werden nur noch zwei Sorten, Bauglas hergestellt, und zwar

- Bauglas I. Sorte, Bauglas II. Sorte und Gärtnerglass.

Auf Grund dieser Maßnahmen gestalteten sich die Verhandlungen sehr schwierig.

Nach Überwindung großer Schwierigkeiten war es möglich, in freier Verhandlung eine Vereinbarung zu tätigen. In dieser Vereinbarung haben beide Parteien die Möglichkeit, nach Ablauf einer Frist innerhalb der nächsten acht Wochen die Auswirkung der Vereinbarung hinsichtlich der Verdienstmöglichkeit nachzuprüfen, evtl. Änderungen während der Laufzeit des Tarifvertrages durchzuführen.

## Vereinigte Staaten

Nach den vorläufigen Ergebnissen der dreijährigen Industriezählung ging im Jahre 1931 im Vergleich zum Jahre 1929 die Zahl der amerikanischen Glasfabriken von 203 auf 230 zurück. 48 830 Personen (1929: 67 527) wurden in diesen Betrieben beschäftigt, mit Lohnbezüge von 57,5 Mill. Dollar (87,7 Mill. Dollar). Der Gesamtwert der hergestellten Erzeugnisse belief sich: zu Loko-Fabrikpreisen berechnet, auf 207,0 Mill. Dollar (209,1 Mill. Dollar). Im einzelnen wurden hergestellt: 88,0 Mill. (148,7 Mill.) Quadratfuß Spiegelmilch im Werte von 26,1 Mill. (50,1 Mill.) Dollar, 269,2 Mill. (402,5 Mill.) Quadratfuß Fensterglas im Werte von 10,3 Mill. (25,5 Mill.) Dollar, 17,6 Mill. (31,2 Mill.) Quadratfuß Bank- und Milchglas im Werte von 2,3 Mill. (5,2 Mill.) und 15,6 Mill. (42,8 Mill.) Quadratfuß Druckglas im Werte von 1,8 Mill. (5,9 Mill.) Dollar. Der Wert des hergestellten Tafelglases belief sich auf 13,1 Mill. (17,2 Mill.) Dollar, der Trinkgläser usw. auf 10,6 Mill. (41,7 Mill.) Dollar und der elektrischen Birnen und anderer geblasenen Glasprodukte auf 19,0 Mill. (32,6 Mill.) Dollar. 2,0 Mill. (2,6 Mill.) Glasmilchflaschen wurden hergestellt im Werte von 9,7 Mill. (11,6 Mill.) Dollar, andere Flaschen und Gefäße im Werte von 26,2 Mill. (33,1 Mill.) Dollar, Einmachgläser im Werte von 15,1 Mill. (8,5 Mill.) Dollar, Behälter für Getränke im Werte von 15,4 Mill. (18,1 Mill.) Dollar und medizinische und Toilettebehälter im Werte von 29,3 Mill. (41,4 Mill.) Dollar.



# Notverordnung und feinkeramische Industrie

Mit als erste scheinen die Unternehmer der feinkeramischen Industrie an der letzten Notverordnung Geschmack zu finden. Sie fühlen, daß ihre Betriebe nur gewinnen können, wenn sie von Staats wegen subventioniert werden. Ersten gewinnen sie durch Inanspruchnahme der Steuergutscheine und zweitens durch die gebotene Herabsetzung der Tariflöhne, wenn neue Arbeitskräfte eingestellt werden und diese es auch nur Vierzehnjährige zu 11 Pf. die Stunde.

Erstaunlich ist, wo auf einmal die Arbeit herkommt. Auch die Herabsetzung der Arbeitszeit läßt sich jetzt „technisch, fabrikatorisch und organisatorisch“ schnell in die Tat umsetzen. Das ging bekanntlich vor der Notverordnung nicht. Uns steht noch lebhaft eine Sitzung vor Augen, die am 12. August 1931 auf Veranlassung des Reichsarbeitsministers über die Herabsetzung der Arbeitszeit in der feinkeramischen Industrie stattfand. Ein der maßgebenden Herren dieser Industrie versicherten uns damals einmütig, daß die Einführung der 48-Stunden-Woche unüberwindliche Hindernisse beste. Die Herren sagten damals, es müßten erst technische Erneuerungen, ja sogar Neubauten in den Betrieben vorgenommen werden. Eine schematische Einführung machte große Schwierigkeiten, schon bei der Einführung der 48-Stunden-Woche habe man üble Erfahrungen gemacht usw. Und jetzt geht es im Handumdrehen, Nirgends scheint es Schwierigkeiten zu geben.

Allen voran geht die Fa. Villeroy & Boch, die sich wahrscheinlich verpflichtet fühlt, ihrem ehemaligen Aufsichtsratsmitglied Herrn von Papen, beizuspringen, um den fragwürdigen Beweis zu liefern, daß die Privatwirtschaft sehr wohl noch auf den Füßen stehen kann, wenn sie vom Staat auf Kosten der Allgemeinheit unterstützt wird. Dabei hat die Firma V. & B. bekanntlich im Saargebiet größere Steingutfabriken, die ja den Reichsgesetzen nicht unterstehen und auf die die Notverordnung auch keine Anwendung finden kann. Im Saargebiet läßt diese Firma jetzt sehr wenig arbeiten. Das ist bei den billigen Löhnen, die diese Firma jetzt in Deutschland hat, kein Wunder.

Die Steingutfabrik Villeroy & Boch in Dresden hat zu ihren schon vorhandenen 829 Arbeitern und Arbeiterinnen noch 83 neue Kräfte eingestellt und die Arbeitszeit auf 40 Stunden herabgesetzt.

Dieselbe Firma hat in Torgau zu 700 vorhandenen Arbeitern noch 170 neue Arbeiter eingestellt und die Arbeitszeit auf 36 Stunden in der Woche festgesetzt.

Die Steingutfabrik Sörnewitz ist mit ihrem Plan noch nicht ganz fertig. Den ersten Plan, ein paar Dutzend Mädchen von vierzehn bis fünfzehn Jahren einzustellen und diesen 11—13,5 Pfennig Stundenlohn zu zahlen und dafür die Steuergutscheine, die mehr als der Lohn für diese Mädchen betragen hätte, in Empfang zu nehmen und obendrein noch den allgemeinen Lohnabzug vorzunehmen, hat sie fallen lassen. Wahrscheinlich kann selbst Herr Direktor König die Sache etwas mühselig vor. Vorläufig hat man die 427 Personen um 25 erhöht und den Lohn um 10 Prozent gekürzt.

Auch die Carstens Betriebe in Elmshorn, Hirschau, Rheinsberg und Sorau wollen Gebrauch von der Notverordnung machen.

Rheinsberg hat seine Belegschaft von 60 um 49 erhöht und will nun von der 31. bis 40. Stunde den Lohn um 50 Prozent kürzen.

Direktor Volk in Sorau will wieder den Vogel bei dieser Geschichte abschließen. Nachdem er in den letzten Jahren in Sorau immer 350—360 Arbeiter beschäftigt hatte, hat er vor kurzem Stilllegung gemittelt. Am Freitag, dem 2. September, legte er „still“. Die Angestellten und Lehrlinge behielt er aber vorsorglich in seiner Bude. Am Montag, dem 3. September, „eröffnete“ er die Bude wieder. Also eine „Stilllegung“ von 1/2 Tag, am Sonnabend vormittag. Nun hat Volk schon wieder über 300 Mann im Betrieb und das Geschäft kann losgehen. 400-RM-Steuerergutscheine für jeden „neueingestellten“ und obendrein eine Tariflöhnsenkung. Da wird die Konkurrenz blaß werden vor Neid.

Erhebliche Neueinstellungen konnte auch die Steingutfabrik Elsterwerda vornehmen. Zu 279 Beschäftigten sind noch 73 hinzugekommen und der Lohn wurde um 50 Prozent für die 31. bis 40. Stunde gekürzt. Baroether, Waldsassen hat 92 Arbeiter zu 453 neueingestellt, zieht 40 Prozent dafür ab.

Griesbach, Cortendorf, konnte 120 Arbeiter zu 125 vorhandenen neu einstellen. Ganz schlaun dreht wieder Gübe in Oeslau das Ding. Er will Gebrauch von § 7 der Verordnung machen. Fragt sich nur, ob er einen Schlichter dafür findet. Sein Betrieb sei

besonders notleidend. Wie Gübel die Ausführungsbestimmungen des § 7 anwenden will, bleibt sein Geheimnis. Selbst in den Ausführungsbestimmungen der Ministerialrate heißt es: „Die Gefährdung muß auf besondere, diesen Betrieb betreffende Umstände beruhen. Es genügt nicht die allgemeine Erschwerung der Betriebsführung durch die Wirtschaftskrise, sondern es müssen besondere, dem Betrieb eigentümliche und gerade ihn belastende Umstände vorliegen. Wenn die gleiche Lage bei einer Anzahl oder gar bei allen Betrieben eines Gewerbezweiges besteht, kommt nicht die Anwendung des § 7, sondern die Kündigung und Neuregelung der Tarifbestimmungen in Frage.“

Seltmann-Weiden, Kalk-Eisenberg, Kahla A.G.-Schönwald wollen erst die Stückpreise kürzen und dann die Notverordnung anwenden. Daß diesen Firmen ihr Plan nicht gelingt, dafür werden die dortigen Kollegen sorgen.

Alles in allem machen die Arbeitgeber ein schönes Geschäft durch die Notverordnung. Man muß sich nur fragen, wo und an wen sie ihre Produkte abzusetzen gedanken. Etwa an die inländische Bevölkerung, die nun nur noch das nackte Leben fristen kann und bei der Arbeit hungern muß? Oder als Export an das Ausland, daß wegen der Kontingentierung landwirtschaftlicher Produkte die deutschen Industrieerzeugnisse boykottieren wird?

Die Löhne, die nun in den Betrieben gezahlt werden, werden zum Teil auf Kosten der bisher Beschäftigten und der Neueingestellten, zum anderen Teil aus Staatsmitteln, auf Kosten der Allgemeinheit gezahlt. Fürwahr eine ideale Einteilung, bei der unsere „Wirtschaftsführer“ ihren Grips nicht sehr anzustrengen brauchen und nun ruhig weiterwursteln können.

### Triptis

Die Porzellanfabrik Triptis A.G. in Triptis weist in ihrem Geschäftsbericht darauf hin, daß die Herstellung von Gebrauchsporzellan, die früher mindestens zu 50 Prozent exportiert wurde, infolge der Zollabschlüssen fast sämtlicher Exportländer und der Devisenschwierigkeiten allgemein bedeutend eingeschränkt werden mußte. Die Gesellschaft konnte keinen Gewinn erzielen. Die A.G. Wick-Werke in Grenzhausen dagegen, deren Kapital die Triptis A.G. fast vollständig besitzt, hat befriedigend gearbeitet. Zum Zwecke der Berichtigung der Anlagewerte, der Beteiligungen, Vorräte und Debitoren schlug die Verwaltung verschiedene Änderungen vor. Die GV. genehmigte die Einziehung von non. 10.000 RM eigene STA und die Herabsetzung des übrigen AK auf 319.000 RM durch Deno-

minierung bzw. Zusammenlegung der STA im Verhältnis 2 zu 1 und VA im Verhältnis 4 zu 3. Das Vorkaufsrecht der VA ist künftig nur noch ein Staches (bisher 10 Staches). Neu in den AR. gewählt wurden Konsul Rotho (Chemnitz), F.A. Dr. Robert Reibel (Dresden) und Bankier K. Schlesinger (Berlin). Die festen Bezüge des AR. wurden auf 5000 RM (bisher 10.000) festgesetzt. Bekanntgegeben wurde noch, die Lage habe sich noch immer nicht gebessert. Die Gesellschaft sei nur mit etwa 20 bis 25 Prozent des Vorkriegsstandes beschäftigt. Konsul Dr. Heinrich Arnold wies unter Bezugnahme auf die Schritte der deutschen Porzellanindustrie bei der Reichsregierung darauf hin, daß eine Beendigung der ruinösen Preisschleuderei auch ganz besonders im Interesse der Händlerchaft liege.

Die Beschäftigung von 20—25 Prozent des Vorkriegsstandes läßt aber immer noch eine feste Tantieme der Aufsichtsräte von 5000 RM zu. Wir wollen den Herren wahrlich nicht zunahretreten, wenn wir der Auffassung Ausdruck geben, daß die Arbeiter und Arbeiterinnen der Triptis A.G. heifroh und nicht einmal neidisch wären, wenn sie die Hälfte dieser Summe als Arbeitslohn hätten.

### Konkurs

Ueber das Vermögen der Porzellanfabrik I. Edelstein A.G. in Berlin, Zweigniederlassungen in Eidelstett und Kups in Bayern, ist das Konkursverfahren eröffnet worden. In der Bilanz vom 31. 12. 1931 wurden rund 2,25 Millionen RM Verbindlichkeiten ausgewiesen, unter denen sich 451.000 RM Bankschulden befanden. Der Verlust des letzten Geschäftsjahres wurde aus dem Buchgewinn von 750.000 RM mit ausgeglichen, der bei der Kapitalherabsetzung auf 0,5 Millionen RM und der Ermäßigung des Reservefonds entstand.

### Rußland

Durch die Presse geht die Mitteilung, das Leningrader Werk „zu Ehren Lomonosows“ habe die Herstellung von Batterien für Dampfheizung aus Porzellan aufgenommen. Diese Porzellanbatterien sollen den Batterien aus Gußeisen gleichstehen. Das ist durchaus keine neue Erfindung. „Alles schon dagewesen“, sagt Ben Ahiba. Solche Dampfheizkörper sind schon in der Vorkriegszeit bei der Firma Villeroy & Boch aus einer besonderen Steingutmasse im Gießverfahren hergestellt worden. Sie haben sich aber, wie es scheint, nicht einführen können, weil sie eben nicht so haltbar sind wie die aus Eisen.



# Bei unseren Kollegen im Bernsteinbergwerk

Herrlicher Sonnenschein lag über der unendlichen Weite der spiegelglatten Ostsee. Er glitzerte und glöste wie heller Goldfunktregen im aufwirbelnden Kielwasser unseres schmucken Dampfers, der uns in rascher Fahrt nach Pillau führte, von wo wir nach kurzer Eisenbahnfahrt die Ortschaft Palmnicken und damit die Stätte des einzigsten Bernsteinbergwerks der Welt erreichten.

Unser Führer, Verbandskollege und Betriebsratsvorsitzender des Staatlichen Bernsteinwerkes, erwartete uns, und nach kurzer, herzlich Begrüßung bögeben wir uns auf das Werksgelände. In einer Halle machen wir die erste Bekanntschaft mit dem so seltenen Stoff. In Kästen und Körben liegt hier das reine nach Größe und Farbton sortierte Material, auf den Versand und die weitere Verarbeitung wartend. Darüber liegt die Sortiererei. Das laufende Band hat auch hier seinen Einzug gehalten, und an langen Tafeln sitzen Kolleginnen, um mit scharfem Blick und raschen Fingern die vorbeigleitenden Brocken zu sortieren.

Doch interessant wird es, als wir an der Fundstelle des Bernsteins stehen. In gewaltiger Rundung erstreckt sich eine etwa 30 m tief ausgebaggerte Grube, auf deren Grund eine eigentümliche Erde, die sogenannte „blaue Erde“, freigelegt ist. Gewaltige Schürfbagger schützen sie in Klippen, die damit in der Richtung nach dem Seestrand — zur Wäscherei — verschwinden.

Unser Kollege erklärt, daß diese „blaue Erde“ den Bernstein birgt, und während wir uns hart am Rande der Grube hinlagern, lauschen wir seinen Worten über die vermutliche Entstehung des edlen Steins, deren Ursprung weit, weit zurückliegt.

Vor vielen tausend Jahren rauschten und grollten demnach hier oben gewaltige Wälder, durchsetzt mit vielfältigen Tannen, aus deren Rissen und Wunden gelbes Harz quoll. — Im Laufe der Zeiten aber änderte sich das Bild. Gewaltige Eismassen schoben sich vor über Deutschlands Auen, begruben die grü nende Pracht und erstickten mit eisigem Hauch alles blühende Leben. Auch später entstand es nicht wieder, sondern unendliche Wassermassen bedeckten die Fläche, und gerade hier oben müssen zwei gewaltige Ströme miteinander gekämpft haben, einen riesigen Strudel bildend. Einen Strudel, der all das Mitge... und auch jene Harzbrocken fest in sich hielt und... — Wer weiß, wie im einzelnen die Phasen liefen? Doch heute bedeckt wieder Land und grü nendes Leben die Stätte jenes einst wüsten, reisenden Kampfes. — Tief unten aber, in der Schicht der blauen Erde eingebettet, liegt das einstige Harz, das durch sein wechselvolles Geschick versteinert zu dem begehrten Bernstein geworden ist.

Aufbrechen heißt es nun, denn noch gilt es einen Besuch in der Wäscherei. Ein Stückchen weiter, zum Seestrand fährt jetzt unser Weg. Er wird verkürzt durch Berichte über

die früheren Versuche, den Bernstein im Tiefbau zu gewinnen. Ein schauriger Bericht! Denn es gelang nicht, den Tiefen des gesteinsarmen Sandes Herr zu werden. Trotz aller Vorsicht krachten plötzlich die Stempel, und Sand und Wasser schossen, erdrückten gewaltig die Schächte, alles Leben in ihnen erbanungslos vernichtend.

Doch schon sind wir in der Wäscherei. Unmittelbar am Abhang zur See gebaut, erstrecken sich ihre Gebäude. Hart heran fahren die Loren und kippen die den kostbaren Stein bergenden Erdmassen in den großen Waschraum. Eine Pampanlage preßt in dicken, gewaltigen Strahlen Seewasser auf sie, löst sie auf, schwemmt sie ab, damit der begehrte Stein freigelegt auf den Rosten verbleibt. Ueber sieben solcher Roste können hier je nach Größe die einzelnen Steine rollen, bis auf der letzten engmaschigen Roste auch die kleinen, nur millimetergroßen Stückerchen bedingungslos gefangen sind.

Damit aber ist unsere Besichtigung beendet. Der nächste Tag bringt die Weiterfahrt nach Königsberg. In der Staatlichen Bernsteinmanufaktur finden wir unseren alten Bekannten, den Bernstein, wieder. Doch nicht mehr roh, sondern von geschickten Händen zu den vielfältigsten Formen und Gegenständen verarbeitet, erglänzt er in seinen verschiedenen Farbnuancen.

Gern würden wir ein Stück — vielleicht mit Einschluß eines Insekts, das darin vor Jahrtausenden seinen Tod fand — besitzen. Doch die Preise erinnern, daß unsere Erde wohl viel Schönes birgt, aber nicht für den armen, mittellosen Fabrikarbeiter.

### Vermehrung der Arbeit?

Mit großer Reklame, offiziös und inoffiziös, wurde das Regierungsprogramm und die dazu erlassene Notverordnung vom 3. September von der Regierung gelobt und als geeignet für die Ankerbeugung der Wirtschaft gepriesen. Allen voran in dieser Stimmungsmaße stand die schwerindustrielle Bergwerkszeitung. Es ist nun Trägik, wenn dieselbe Zeitung von der süddeutschen Zementindustrie berichtet, daß die Dyckerhoff-Wickling A.G. ihr Werk in Amöneburg im wesentlichen am 15. Oktober d. J. stillzulegen gedenkt. Ebenso wird weiter berichtet, daß die Portland-Zementwerke Heidelberg-Mannheim-Stuttart A.G., die jetzt noch in sechs Werken arbeitend, ihre Werke zum 15. November d. J. stilllegen müssen. Es wird gesagt, daß man die vorhandenen Aufträge und den noch auftretenden Bedarf, aus den vorhandenen Vorratsbeständen decken kann.

Mit dem letzten Satz ist doch wohl gesagt, daß die Unternehmer selbst nicht an die an das Wirtschaftsprogramm und die damit zusammenhängenden Notverordnung geknüpften Aufwendungen zur Belegung der Wirtschaft glauben; denn die Baustoff-Industrie müßte doch in erster Linie von dem Wirtschaftsprogramm profitieren.

### Boizenburg

Nach den wiederholten Unfällen der letzten Jahre geschah schon wieder ein neues schweres Explosionsunglück in der Boizenburger Wandplattenfabrik, bei welcher fünf Arbeiter Schaden erlitten. Darunter befindet sich unser Kollege Wilhelm Dähling, Vorsitzender der Zahlstelle, der sehr schwer verunglückte und sich noch am Tage darauf in vollkommen bewußtlosen Zustande befand, so daß zunächst mit einem Hinseiden unseres braven Kollegen gerechnet werden mußte. Obwohl sich eine kleine Besserung zeigte, steht noch nicht fest, ob nicht ein Schaden zurückbleibt, an welchem D. zeitlebens zu leiden hat.

Die Ursache des Unglücks konnte zunächst nicht festgestellt werden, sie erfolgte bei der Umlegung der Gasleitung im Tunnelofen. Die Arbeiterschaft ist der Auffassung, daß die Überwachung derartiger Arbeiten in sehr vielen Fällen zu wünschiger übrig läßt und oftmals von Leuten ausgeübt wird, die die Gefahren solcher Arbeiten kaum zu beurteilen vermögen.

In Anbetracht der Häufigkeit solcher Unfälle wäre es nun aber ganz ernstlich an der Zeit, daß die Betriebsleitung wie auch die übrigen maßgebenden Stellen mit dem nötigen Ernst den Ursachen solcher Fälle nachgehen.

### Ein Unglück kommt selten allein.

Am Tage nach dem Unfall hatte die Belegschaft in einer besonderen Versammlung, an der auch Dähling maßgebend interessiert war, zur Entlassung von 180 Arbeitern Stellung zu nehmen. Durch das Vorkommnis des Unfalles wurden die Versammelten sehr stark beunruhigt und wurde diese Unruhe durch die Drohung der Entlassung noch gesteigert.

Lohnabbau, Arbeitslosigkeit, steigende Unfallziffern sind das Merkmal unserer gegenwärtigen Zeit.

### Zementindustrie Japans

Im Laufe der letzten Jahrzehnte hat sich die Zement-Industrie in Japan ganz gewaltig entwickelt. 1917 dem letzten Vorkriegsjahr, belief sich die Produktion auf rund 3,75 Barrels (1 Barrel = 200 kg). Diese Erzeugung wurde fast restlos im Inlande verbraucht. Die geringe Ausfuhr wurde durch Einfuhr wieder ausgeglichen. Durch die riesenhafte und plötzliche Industrialisierung wurde die Bautätigkeit stark gefördert. Dazu kommt noch in Japan die eigenartige Bauart bei massiven Bauten, die durch das erdbebengefähige Inselgebiet bedingt ist. Im Jahre 1929 stieg die Zementproduktion auf rund 25 Millionen Barrels, also auf das sechsfache der Vorkriegsproduktion. Dabei betrug die Produktionskapazität etwa 38 Millionen Barrels, also das zehnfache der Vorkriegszeit. Wir haben in Japan also dieselbe Entwicklung beim Ausbau des Produktionsmittelparates zu verzeichnen wie in den alten Industrieländern auch. Die in der guten Konjunktur während des Ausbaus der Industrie und stärker Bautätigkeit gemachten Gewinne verleiteten dazu, den Produktionsapparat weit über das zur Befriedigung des künftigen Absatzes notwendige Maß auszubauen. Setzt dann der Rückschlag ein, weil die Kaufkraft zugunsten des Ausbaues, des industriellen Aus-

### Kündigung des Reichsmanteltarifvertrages der Betonwaren-Industrie

Nachdem erst vor kurzem die Allgemeinverbindlichkeit des Tarifvertrages ausgesprochen wurde, erreicht uns jetzt schon wieder folgendes Kündigungsschreiben des Arbeitgeberverbandes des Bundes deutscher Betonwerke:

„Die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Betonwaren- und Betonwerkstein-Industrie haben sich bei dem Abschluß der jüngsten tariflichen Vereinbarungen noch in einem solchen Ausmaße weiter verschlechtert, daß wir uns zu einer Kündigung des Reichstarifvertrages für die deutsche Betonwaren- und Betonwerkstein-Industrie in der Fassung vom 3. Juni 1932 einschließlich der Sonderregelung vom 3. Juni 1932 genötigt sehen und hiermit die Kündigung der genannten Tarifbestimmungen zum 31. Dezember 1932 aussprechen.“

Dazu kann man nur kurz erklären: „Wo alles liebt, kann Karl allein nicht hassen“.

bäues, vernachlässigt wurde; sitzen die Unternehmer auf den hohen fixen Kosten und der Überproduktionskapazität.

Da die Kapazität den Inlandverbrauch übersteigt, wird versucht durch Steigerung des Exports den Ausgleich zu schaffen. Die Ausfuhr stieg seit 1925 von 1,74 Millionen Barrels auf 2,86 Millionen im Jahre 1930. Vor 1925 betrug sie nur 0,84 Millionen Barrels. Die hauptsächlichsten Ländergebiete, wohin die Zement-Ausfuhr Japans geht, sind Niederländisch-Indien, China, Straits Settlements, Philippinen, Britisch-Indien, Franz.-Indochina, Siam, Neuseeland, Ostafrika und Sibirien. Niederländisch- und Britisch-Indien waren lange Jahre die wichtigsten Absatzgebiete der deutschen Zement-Industrie in Ostasien. In den letzten Jahren haben Zementexporte von Deutschland nach diesen Ländern fast restlos aufgehört.

Japans Industrie ist aber nicht müßig, sich neue Absatzgebiete und Investitionsmöglichkeiten zu schaffen. Ist eine friedliche Durchdringung und Schaffung dieser sogenannten vorkapitalistischen Räume nicht möglich, schafft man sie sich auf gewaltsamen Wege. Die Annexion der Mandchurie ist dafür ein lehrreiches Beispiel. Japan befindet sich eben in der imperialistischen Periode, in der sich in der Vorkriegszeit die hochentwickelten europäischen Industrieländer befanden. Es hat heute zum Teil noch die Möglichkeit, friedlich oder gewaltsam, sich in Ostasien Absatzgebiete zu schaffen, muß dabei aber zwangsläufig mit den übrigen Industrieländern der Welt in Konflikt kommen, weil diese ihre Industrien zum Teil auch auf den Absatz nach den jetzt von Japan beanspruchten Gebieten aufgebaut haben. Das trifft, wie bereits oben angedeutet, auch in weitgehendem Maße für die deutsche Zement-Industrie zu. Die Differenz zwischen Produktionsfähigkeit und der Absatzfähigkeit in der deutschen Zement-Industrie ist so groß, daß durch Export dieser Differenz nicht mehr ausgeglichen werden kann.

## Die Kluff / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigter Übertragung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Bebber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(34. Fortsetzung.)

Gerry, glauben Sie wirklich, daß ich das kann? Oder sagen Sie es mir, weil ... was für gute Freunde sind?

„Was hat das mit Freundschaft zu tun? Ich spreche rein geschäftlich. Mein Napoleon-ange-sicht oben-einen Marschallstab in Ihrem Hornister!“

Sie waren beide jung und über ihnen strahlte blau der Himmel. Hoffnung und festes, wichtige Arbeit lag vor ihnen, und das Leben mit all seinem Reiz und seiner Anregung, die es denen zu bieten vermag, die noch durch keinen eisernen Halskragen der Gewohnheit beengt werden.

„Müssen wir schon zurück, Joan?“, bedauerte Gerald Blain, als das junge Mädchen aufstand. „Aber erst etwas essen. Nach zwei Monaten Fron haben Sie ein paar Stunden Freizeit verdient.“

„Bester Stimmung fuhren sie nach Englefield, wo sie sich im Kinocafé Tee und Autschnitt schmecken ließen.“

„Ich fand es sehr nett von Mrs. Daere, daß sie diese Matinee für meine Säuglinge veranstaltete“, bemerkte Joan im Laufe des Gesprächs. „Und wenn ich auch nicht den ganzen Ertrag für Carey's Main behalten dürfte, so überließ mir die Zentrale immerhin ein Drittel.“

„Ja, Helen Daere ist letztlich viel reicher geworden.“ Gerard Blain studierte angelegentlich das Blumenmuster seines Tellers. „Sie sieht übrigens sehr elend aus, und mir scheint, daß Sie ihr helfen könnten, Joan.“

„Wodurch, Gerry?“

„Indem Sie sich entscheiden. Ich glaube, auf das Was kommt es ihr jetzt schon weniger an, sondern daß überhaupt eine Entscheidung fällt. Die Ungewißheit zermürt sie.“

„Das tut mir leid, aufrichtig leid. Aber wenn man dieses grenzenlose Elend ständig vor Augen hat, kommt einem der eigene Kummer ein bißchen klein vor.“

„Ja, solange man von seinen Pflichten so in Anspruch genommen ist wie Sie. Helen hat indessen im Moment keine richtige Arbeit — deswegen war für sie diese Matinee eigentlich eine glückliche Fügung — und daher übergenug Zeit, sich mit ihren Sorgen zu beschäftigen.“

„Ich verstehe die Frau überhaupt nicht“, erklärte Joan hart. „Wie kann sie, nachdem sie alles weiß, mit Anthony weiterleben? Eine sehr demütigende Situation — nach meinem Empfinden.“

Was sollte man darauf erwidern? ... So ganz Unrecht hatte Joan wohl nicht. Und da Blain ohnehin sich die wenigen Stunden ihres Zusammenseins nicht durch Erörterungen dieser unerquicklichen Affäre verderben wollte, wechselte er das Thema und erzählte ihr in seiner köstlich witzigen Art von den Eigenheiten seiner neuen Mitarbeiter. Noch am selben Nachmittag kehrte er nach London zurück, froh über Joans Zusage, angesamt die ersten Feuilletons zu schreiben.

Je mehr sie sich in die Materie vertiefte, desto besser gefiel ihr Blains Projekt. Ohne ihr Hilfswerk zu schädigen, daß jetzt wie am Schnürchen lief und dem genügend freiwillige Helferinnen zur Verfügung standen, konnte sie die Abende für ihre literarische Arbeit freihalten und verfaßte mit glühenden Wangen drei Kurzgeschichten, wie sie sich Blain dachte — Geschichten deren Personen man in Carey's Main ohne weiteres wiedererkannt haben würde. Als sie unter Furcht und Zagen ihr Opus an Theophil Dodds abgeschickt hatte, erhielt sie tags darauf ein Telegramm: „Ausgezeichnet. Schreiben Sie mehr, solange Sie in Form sind.“

Nun wachte sie, auch Anthony Daere die Kopien einzusenden und um sein Urteil zu bitten. Seine Antwort traf mit wendender Post ein.

„Ich bin begeistert von deinen Erzählungen. Sie sind mit Frische geschrieben und verstrahlen ein wirkliches Talent, das weiter entwickelt zu werden verdient. Joan, warum willst du die Schriftstellerei nicht zu deiner Lebensarbeit erheben? Das würde uns aus allen Schwierigkeiten heraushelfen. Ich habe es verstanden. Liebling, dich während deiner aufreibenden Tätigkeit in Carey's Main irgendwie zu bestimmen, in dich zu drängen. Aber jetzt, nachdem du mir diese Feuilletons geschickt hast ... Joan, laß uns ein Heim gründen, und ich werde dich das wenige, was dir fehlt, lehren und werde dir die Wege ebnen. Vergiß auch nicht, daß du als Schriftstellerin viel größere Massen erfassen kannst, als wenn du auf das gesprochene Wort angewiesen bist. Ah, ich bin selig über diese Lösung! Das Leben war tröstlich ohne dich, mein ... doch nun werden wir bald glücklich sein. Schreibe mir schnell ein Ja.“

Diesen Brief las Joan wieder und wieder — in maßloser Verblüffung. Wenn er sich gegen den einen unabhängigen Beruf sträubte, warum nicht gegen den anderen? Warum nur gegen ihre Tätigkeit, als Organisatorin und nicht gegen die als Schriftstellerin? ... Und dann kam ihr blitzartig die Erkenntnis, daß dies letztere keine Unabhängigkeit mehr bedeutete. Anthony wählte sich aus, daß er sie leitete, sie dirigieren, ihr bei den Verlegern helfen würde; er betratete ihr Schreiben als eine nette, kleine Liebhaberei, sehr willkommen, um ihre Zeit auszufüllen, wenn er am Schreibtisch nicht gestört werden durfte. Nie würde sie ein anderes Leben haben als jenes, das streng mit dem seinen parallel lief ... und würde sie nicht diesen Bedin-

gungen überhaupt schreiben können? Joan war heilsichtig genug, um zu erkennen, daß der wahre Wert ihrer drei Erzählungen auf der Frische des Materials beruhte, auf dem Kontakt mit dem rauhen Leben im Kohlenrevier. Würüber aber sollte sie schreiben, wenn ihre Tage ruhig und gemütlich im Londoner Westen oder in dem Pyrenäenhäuschen, von dem Anthony einmal geschwärmt hatte, verließen? Ihr bliebe dann nur zu sagen, was Londoner Literaten bereits unzählige Male in viel routinierterer Art gesagt hatten.

Was jedoch konnte sie Anthony antworten? Eine ganz offene, ehrliche Darlegung würde ihn vielleicht verletzen; er würde daraus lesen, daß sie ihn nicht mehr liebte. Und das, weiß Gott! das wahr nicht wahr!

Nichtsdestoweniger schweiften ihre Gedanken — wie es letztlich öfter geschah — unwillkürlich ab zu Gerald Blain, zu seinem aufregenden Projekt der Wochenschrift, seinem aktiven Leben, seiner Konsequenz, all sein Geld für eine Idee zu opfern und sich fröhlich mit einem bescheidenen Quartier zu begnügen. Und mit einem schweren Seufzer legte sie Anthonys Brief in eine Schublade.

### XXIV.

Tagelang grübelte Joan darüber nach, welche Fassung sie der Antwort an Anthony geben sollte, bis sie eines nachmittags einen Brief schriebens durch „höhere Gewalt“ gänzlich entzogen wurde.

Wieder traf eine Nachricht von Helen Daere ein. Die Künstlerin plante in einem fashionablen Saale Westends einen musikalischen Abend, von dem sie sich reiche Einkünfte für den inzwischen zusammengeschmolzenen Säuglingsfonds versprach, und bat, daß das junge Mädchen sie durch persönliches Erscheinen unterstützen möge.

Dieses Mal zögerte Joan nicht eine Sekunde. London? Was sollte sie in London? Mochte Mrs. Gallagher hinfahren!

Doch mit der Nachmittagspost kam ein Schreiben der Hilfszentrale, in dem Mary Peters, die Generalsekretärin, Joan dringend auf-forderte, der Wohltätigkeitsvorstellung bei-zuwohnen.

## Die „Junge Front“ muß bleiben!

Bei den letzten Wahlkämpfen waren erfreu-licherweise viele, viele junge Streiter zu fin-den. Sie fanden sich in Gruppen zusammen, wirkten als einzelne, demonstrierten, disku-tierten, klebten, verteilten Flugchriften, be-kannten sich am ehesten und andauerndsten zum Dreipfeil und zum Freiheitsruf, leisteten Schlepperarbeit, verrichteten Sicherheitsdienst im Reichsbanner, wirkten in den Werbetrupps der Betriebe, Stempelstellen, Wohnzellen mit, scheuten weder Wind noch Wetter und ande-re Strapazen und setzten oftmals sogar vorbehaltlos ihr junges Leben für den Sieg der Bewe-gung aufs Spiel.

Dieser Opfermut, diese Hingabe, diese kama-radschaftliche Mitarbeit der Jugend darf nichts Einmaliges sein! Noch sind wir nicht „über den Berg“ hinweg. Herr Hitler, damit die deutschen Großgrundbesitzer, Industrie-, Kauf- und Bankherren, versuchen immer noch, im Staat und in der Wirtschaft allein zu herr-schen. Die Arbeitnehmerschaft soll nichts zu sagen haben, sie soll Lasten übernehmen, dül-dsam sein, wenn sie ohne oder in der Arbeit ist! Was sie unbedingt, notwendig zum Leben braucht, das will man ihr geben, aber nicht mehr, und keinesfalls soll das Gewährte rech-tlich gesichert, staatlich anerkannt sein.

Keine der unsrigen Steuern wurde auf-gehoben. Hunderttausende jungen Arbeits-losen blieb weiterhin die Unterstützung ent-zogen. Millionen ihrer Genossen und Genossin-nen werden mit ein paar Bettelpfennigen ab-gespeist. Im Betriebe schreitet die Ausbeu-tung der Jugend fort. Lohnabbau, Ferienraub, keine Arbeitszeitverkürzung, Schmälerung des Mitbestimmungsrechts im Betriebe, das sind auch neuerdings die Bestrebungen der Unter-nehmer. Stundenlöhne von 20, 25, 30 Pfennig gelten wieder als angemessen für die Jung-arbeiterschaft. Die staatlichen Schlichtungs-organen helfen mit, die dreitägige Ver-schlechterung der Ernteböden fallen sie Entschei-dungen. In den Wünschen der Unternehmer Rech-nung zu nehmen, zu sagen, wir haben an den Lohn und ... kämpfen kein Interesse, da keine ... volkwirtschaftlichen ... Interessen droht sind ... Ge-tade ... Gruppen, die viele jugendliche Be-schäftigte aufweisen, wird das oftmals antge-nen. Man muß damit nichts anderes als die T ... daß die Jugend bisher so wenig selbständig in der Vertretung ihrer Leistungs- und Lebensansprüche hervor-rat und daß da-her nichts zumgunsten der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu befürchten ist, wenn der Lohn und die Arbeitsbedingungen der jugendlichen Arbeiter und Lehrlinge besonders dem Druck der großen Wirtschaftskrise und dem brutalen Vorgehen der Unternehmer ausgesetzt werden. Euro-Zurückhaltung in Gewerkschaftsange-legenheiten. Ihr Jungen und Mädels. Ihr Jugend-lichen und Jüngeren der Arbeiterklasse, nützt man also in den gegenwärtigen Lohn- und Tarifkämpfen ganz rückhaltlos aus!

Zugleich geschieht nichts, was geeignet wäre, der langandauernden Arbeitslosigkeit Abbruch zu tun. Die Arbeitsbeschaffung für Hunderttausende, von den freien Gewerkschaf-ten seit einem Jahre gefordert, seit Monaten in besonderen Plänen begründet und aufge-

„Es handelt sich um eine Veranstaltung, für die man die weitesten Kreise zu interessieren vorstanden hat“, hieß es in dem Schreiben, „und wir wollen unbedingt eine geübte Red-nerin, die aber gleichzeitig über eigene Er-fahrungen im Unterstützungsgewerk verfügt, entsenden. Da wir außerdem der Meinung sind, daß Ihr dortiges Komitee hinfert auch ohne Sie weiterarbeiten kann, und wir Sie an-derswo benötigten, bitten wir Sie, sich sobald als möglich hier zu melden.“

Wie? Man wollte sie von heute auf morgen von einem Werk, das sie aus dem Nichts ge-schaffen und Liebgewonnen hatte, trennen? ... Unmöglich! Jetzt fort von Carey's Main? Nein, und abermals nein!

Nach einiger Überlegung konnte sich der kleine Hitzkopf indes der Triftigkeit von Mary Peters Gründen nicht verschließen, und als es erst einmal so weit war, präsentierte sich auch die Abberufung selbst in einem anderen Licht. London — vielleicht eine Beschäfti-gung in der Zentrale, Mary Mauds Haus, ihre Freunde, die neue Zeitung ...

Kurz, das Mädchen, dem es gänzlich aus-geschlossen erschienen war, sich auch nur eine Nacht von Carey's Main zu entfernen, machte in anderthalb Tagen mit allem reinen Tisch, packte seine Habseligkeiten und sagte sämt-lichen Schützlingen persönlich Lobewohl.

Um fünf Uhr nachmittags, weniger als vier-undzwanzig Stunden später, nachdem Joan Peters Brief sich entwürzelt hatte, stieg Joan Craig in den Zug, der sie nach London führen sollte. Die Hälfte der Frauen von Carey's Main stand auf dem Perron. Wer ein Gärtchen sein eigen nannte, brachte Blumen und stapelte und häufte sie auf Sitze und in das Gepäck-netz, bis das Abteil an ein Erdbeertfest gemahte. Mrs. Armfield kam mit einem Buch vom Vikar, mit einer Tafel Schokolade und Butterbröten in solcher Menge, als müßten sie für eine mehr-tägige Reise ausreichen. Auch eine stattliche Anzahl Männer hatte sich eingefunden, aber irgendwie wurden sie durch das weibliche Ele-ment in den Hintergrund gedrängt.

Joan lehnte sich weit aus dem Fenster, lachte mit feuchten Augen, drückte zahllose

Hände, trug Grüße auf, gab noch die eine oder andere letzte Anweisung. Dann, als der Zug sich in Bewegung setzte und sie ihr Taschen-tuch hochzog, um zu winken, brauste drau-ßen auf dem Bahnsteig plötzlich ein leidens-schafflicher Chorgesang zum Himmel:

Völker, hört die Signale,  
Auf zum letzten Gefecht!  
Die Internationale  
Erkämpft das Menschenrecht.

Und Joan ließ ihr Tuch flattern, solange überhaupt nur noch eine Spur von dieser viel-köpfigen Menge zu sehen war.

Auf dem Bahnhof in London wurde sie von Mary Maud in Empfang genommen.

„Kindchen, warum in aller Welt schleppest du diese ganze Vegetation mit? Die Blumen welken ja bereits.“

„Oh, Mary Maud, es ist das Einzige, das die Armen zu verschenken hatten!“, erwiderte Joan vorwurfsvoll, obwohl sie selbst die Un-möglichkeit erkannte, den ganzen Blumenberg mitzunehmen. So wählte sie sich das frischeste Sträußchen für ihr Schlafzimmer aus und ließ trotz leiser Gewissensbisse den Rest im Wagen liegen.

Und bald verblaßte Carey's Main ein wenig. Es tat gut, wieder in Mary Mauds Hause zu weilen, am Feuer zu hocken, die Erzeugnisse von Susannas perfekter Kochkunst zu kosten. Und nach dem Abendessen, vergraben in einen Berg weicher Seidenkissen, eine ägyptische Zigarette ...

„Oh, Mary Maud“, seufzte das junge Mäd-chen, die Augen von einem Stück zum andern in dem luxuriösen Raum wandern lassend. „Sie müßten, um all dies würdigen zu können, eine Zeit in Carey's Main leben, wo der Sonnen-untergang über dem Moor das einzig Schöne ist.“

„Ich freue mich, daß es Ihnen hier gefällt, Joan. Um meinen Komfort vor mir selbst zu entscheiden, flüstere ich mir bisweilen zu, daß er ihn und wieder, auch einem überarbeiteten Krieger zugute kommt.“

Bald nach dem Essen stellte sich Anthony Daere ein und gleich darauf Blain, der tele-phonisch angefragt hatte, ob ein kleiner Wat-senknabe, falls er sich den Hals wuschle und einen reinen Krug umbinde, ein Täfelchen Kaffee haben könnte.

(Fortsetzung folgt.)

## Gewerkschafter sein.

Gewerkschafter sein heißt, den Nacken recken, die Fäuste ballen, vorwärts blicken und stark sein.

Wein das Elend rüttelt und Hunger schmerzt, wir werden nicht weichlich und schlapp. Wir füllen das Recht, das mit uns geboren und das mächtiger als das Brutale der Wirtschaft ist.

Gewerkschafter sein heißt, Bruder sein unter Brüdern.

Wie du leidest alle, Keiner ist seines Schicksals gewiß. Jeden sucht man auszunutzen bis zum Äußersten. Und dieses Unrecht an Menschen empört uns Menschen und schweißt uns zusammen zu einer Macht. Der Mensch in uns schreit und will.

Gewerkschafter sein heißt, an die Gerechtigkeit glauben und das Göttliche fähig, das aus uns heraus durch die vereinte Kraft die Seele einer anderen Ordnung sein soll.

Gewerkschafter sein ist heiliger Dienst am Großen des Menschen.

Gewerkschafter sein heißt, Gestalter sein an der Zukunft der Freiheit und der brüderlichen Verbundenheit und der innigen Gemeinsamkeit aller Menschen.

Reih dich ein in die Front!

Kollege, stehe nicht abseits!

Sei Kämpfer mit uns!

Sei uns Bruder!

## Schriften und Bücher

Steine statt Brot! Deutsches Volk! Was eibt dir der Kommunismus? Eine sachliche Streitschrift von Dr. Anders Verlag Deutscher Volkswirtschaftsdienst, Berlin W 35. Der Verfasser hat sich in dieser Schrift die Aufgabe gestellt, die Fragen zu beantworten, ob der Kommunismus den erwerbslosen Arbeit und Brot geben kann, ob er die Volkswirtschaft zu den Kulturwerten sichern, und ob er die Wirtschaftskrise zu überwinden vermag. Er gibt an diese Arbeit mit einer gewissen Sachlichkeit und benutzte das Material, was die Kommunisten selbst in Rußland zu diesem Thema liefern. Die Schrift enthält die Bestätigung dafür, daß den deutschen Proletariern einfach nicht ertragen werden können. Den Beweis dafür erbringen ja auch die Kommunisten, die zum Teil jahrelang in Rußland arbeiteten und doch wieder selbst in deutsche Arbeitslosigkeit zurückkehrten. Wer den russischen Kommunismus nur im Glorienschein des fanatisierten Bolschewismus zu sehen vermag, tut gut, diese Schrift zu lesen; sie trägt sicher dazu bei, harte Tatsachen sachlich zu überprüfen und Vernunft bei rechten Dingen walten zu lassen.

## Torgau

Unser Büro befindet sich ab 1. Oktober 1933 im Hause des Bägewerksbundes Leipziger Straße 48 I. Die Zahlstellenleitung:

## Arbeitsmarkt

Info:ga Betriebsstillegungen der Marien-hütte in Berlin-Köpenick, suchen mehrere tüchtige Glasmacher und Glasschleifer auf Kühle, Ueberfang- und Bleikristallglas an-derswo Stellung. Angebote sind an die Zahl-stellenverwaltung des Fabrikarbeiter-Ver-bandes, Abt. Keramischer Bund, in Berlin, Eng-lischer 24-25, zu richten.